



SPD

ANTRÄGE ZUM
3. PARTEIKONVENT
IN BERLIN

16. JUNI 2013, TEMPODROM BERLIN

www.spd.de

Inhaltsverzeichnis

	Überschrift	Seite
So1	Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische Grundordnung!	4
So2	Keine Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen	4
So3	Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!	5
So4	20 Jahre Asylkompromiss - 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts	5
So5	Verbot hormonell wirksamer Chemikalien	10
So6	Kommunale Unternehmen dürfen bei Glasfaserausbau bis in die Häuser nicht behindert werden!	11
So7	Eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen	12
So8	Berliner Erklärung	12
So9	Menschen mit einer Behinderung aus der aktiven Behinderten-Bewegung müssen Bestandteil der Wahlkampfteams zu Bundestags- und Landtagswahlen sein	14
So10	Keine Arbeitsgemeinschaften erster und zweiter Ordnung	15
So11	Teilhabelücken in der politischen Landkarte der SPD schließen	15
So12	Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent verwirklichen und die UN-BRK in seinen zentralen Bestandteilen umsetzen	15
So13	Barrierefreiheit in der SPD	16
So14	Umsetzung der UN-BRK in den eigenen Reihen	17
So15	Diskriminierungsfreie Wahlgesetze	17
So16	Bundesratsinitiative 4913 zum aktiven und passiven Wahlrecht sofort umsetzen	18

Mitglieder der Antragskommission

Vom Parteivorstand benannte Mitglieder:

Vorsitzender: Olaf Scholz

Mitglieder:
Niels Annen
Michaela Engelmeier-Heite
Peter Friedrich
Nadja Lüders
Armin Schild
Manuela Schwesig
Ralf Stegner

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein	Ralf Stegner
LV Mecklenburg-Vorpommern	Brigitte Pleß
LO Hamburg	Frank Richter
LO Bremen	Karl Bronke
BZ Nord-Niedersachsen	Lars Klingbeil
BZ Weser-Ems	Susanne Mittag
BZ Hannover	Erika Huxhold
BZ Braunschweig	Matthias Wehrmeyer
LV Sachsen-Anhalt	Andreas Schmidt
LV Brandenburg	Christian Maaß
LV Berlin	Ulrike Sommer
LV Nordrhein-Westfalen	André Stinka
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Gernot Grumbach
LV Thüringen	Wilhelm Schreier
LV Sachsen	Susann Rührich
LV Saar	Rainer Ziebold
LV Rheinland-Pfalz	Alexander Schweitzer
LV Baden-Württemberg	Elfriede Behnke
LV Bayern	Marietta Eder

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einem oder einer Delegierten der Bezirke und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern. Sie ist durch den Parteivorstand einzuladen.

Die Antragskommission hat am 27. Mai beraten und legt ihre Stellungnahme gemäß §28 (4) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und den antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Anträge zum Parteikonvent 16. Juni 2013

Antragsbereich So/ **Antrag 1**
Landesverband Berlin

Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische Grundordnung!

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Geltende „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union unter Einbeziehung der Grundrechtscharta durch einen neuen Grundlagenvertrag zur Gründung einer „Europäischen Politischen Union“ (EPU) ersetzt wird. Dieser ist mit größtmöglicher Transparenz durch einen „Konvent zur Zukunft Europas“ und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erarbeiten.

Es werden innerstaatlich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass über die Annahme dieses neuen Grundlagenvertrags im Rahmen eines Volksentscheids entschieden werden kann. Sobald ein neuer Grundlagenvertrag verhandelt ist, wird über diesen in Deutschland per Volksentscheid abgestimmt.

Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische Grundordnung!

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

Antragsbereich So/ **Antrag 2**
Landesverband Berlin

Keine Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen

Wir lehnen es ab, dass die EU-Mitgliedsstaaten auf eigene Entscheidung hin im Schengen-Raum künftig wieder Grenzkontrollen einführen dürfen. Die Freizügigkeit über die Innengrenzen hinweg ist ein identitätsstiftendes Merkmal eines zusammenwachsenden Europas. Erneute Grenzkontrollen stellen einen massiven Rückschritt dar. Die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen, insbesondere um "illegale" Einwanderer abzuhalten,

Keine Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

empfinden wir eindeutig für den falschen Weg. Anstatt sowohl die eigenen Grenzen als auch die Außengrenzen der EU hermetisch abzuriegeln, brauchen wir in der EU einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen. Statt den Menschen in Europa den Grenzübertritt zu erschweren, muss es Ziel sein, das Grundrecht der Freizügigkeit allen Menschen zu gewähren und Grenzen weiter abzubauen. Auch Deutschland und andere Länder, die keine Außengrenze zu den Ländern bilden aus welchen eine Vielzahl von Flüchtlingen in die EU kommt, dürfen sich ihrer Verantwortung in der Flüchtlingspolitik nicht entziehen. Die Flüchtlinge stellen keine Gefahr für die EU dar, sondern vielmehr eine Bereicherung. Zudem gehört es zu unserer Pflicht, uns den Nöten der Flüchtlinge anzunehmen, anstatt auf hoher See ihren Tod in Kauf zu nehmen und eine "Festung Europa" zu errichten.

*Antragsbereich So/ Antrag 3
Landesverband Berlin*

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landesregierungen auf, sich geschlossen für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen und in diesem Sinne die parlamentarischen Wege über Bundesrat und Bundestag auszuschöpfen.

*Antragsbereich So/ Antrag 4
Landesverband Bayern*

20 Jahre Asylkompromiss - 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts

Unter dem Beifall der AnwohnerInnen und ohne Eingreifen der Polizei brannten 1991 und '92 Asylbewerberunterkünfte in Hünxe und Rostock-Lichtenhagen. Es folgten rechtsradikale Mord- und Gewaltanschläge auf MigrantInnen in Hoyerswerda, Solingen, und Mölln. 74% der Deutschen teilten

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

20 Jahre Asylkompromiss - 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

10 damals Forderungen nach Einschränkungen
des Asylrechts und die Hetzparole des
„vollen Bootes“ war weit über die
Stammtische hinaus zu hören. Um die
angeblich bestehende „Überforderung“ der
Menschen aufgrund des Zusammenlebens
15 mit AsylbewerberInnen in Deutschland zu
beenden, forderten CDU/CSU und FDP eine
Einschränkung des Asylrechts. Die Rolle der
Täter und der Opfer wurde so auf absurde
Weise verdreht. Nach einigem, teils sehr
20 engagierten Widerstand gegen die geplanten
Asylrechtseinschränkungen knickte die SPD
aufgrund massiver öffentlicher Kampagnen
ein. Die Zustimmung der SPD bescherte
25 daraufhin am 26. Mai 1993 im Bundestag
die verfassungsändernde Zwei-Drittel-
Mehrheit um das Grundrecht auf Asyl in
Deutschland faktisch abzuschaffen. Diesen
sogenannten „Asylkompromiss“ bezeichnete
30 die Flüchtlingsorganisation ProAsyl deshalb
zu Recht als “Sieg der Straße und
Niederlage des Rechtsstaats”. Auch 20 Jahre
später formieren sich vielerorts
Bürgerinitiativen zur Verhinderung von
35 Asylbewerberunterkünften. Gewalttätige
Übergriffe und die systematische
Diskriminierung von Asylsuchenden sind an
der Tagesordnung. Asylsuchende werden
auch 2013 seitens der konservativen Parteien
40 noch unter Generalverdacht gestellt und
müssen hierzulande unter teils
menschenunwürdigen Bedingungen leben.
Massive Hetze wird dabei insbesondere
gegen Sinti, Roma und andere ethnische
Minderheiten aus Südosteuropa betrieben.
45 Diese Zustände sind für uns unhaltbar und
müssen endlich beseitigt werden.

Als rechtliche Grundlage jeglicher
Verbesserungen fordern wir deshalb
50 zunächst die längst überfällige
Wiedereinführung des vorbehaltlosen
Grundrechts auf Asyl, welches nicht durch
einfaches Bundesgesetz einschränkbar ist
und die gleichzeitige Streichung des Art. 16a
55 Absätze II bis V Grundgesetz.

Reißt die Festung Europa ein!

60 Deutschland hat auf nationaler und
europäischer Ebene darauf hinzuwirken,
dass die Einreise über einen angeblich
„sicheren Drittstaat“ nicht mehr zum
Ausschluss des Asylrechts führt. Ebenso
65 bekräftigen wir unsere Forderung nach der
Abschaffung der Flughafenschnellverfahren,
in denen Asylanträge ohne hinreichende
materielle Prüfung innerhalb weniger
Stunden abgelehnt werden können. Die
70 Neueinführung einer möglichen
Abschiebehaft sogar während des
Asylverfahrens, wie sie für die EU-
Mitgliedstaaten im Entwurf der aktuellen
europäischen Dublin-III-Verordnung (auch
75 für Minderjährige) vorgesehen ist, lehnen
wir strikt ab. Deutschland darf derartige
Vorgehensweisen nicht zum Bestandteil
seiner ohnehin schon restriktiven Asylpolitik
machen. Die Erneuerung der Dublin-II
80 Verordnung und der europäischen
Aufnahmerichtlinie hat Deutschland die
Chance eröffnet, eine Kehrtwende in der
Asylpolitik zu vollziehen. Diese Chance
wurde leider vergeben. Das ursprünglich
85 geäußerte Ziel der Schaffung von
„einheitlichen Bedingungen“ für
Asylsuchende innerhalb der EU wurde weit
verfehlt, da es den Staaten aufgrund von
mehreren Ausnahmetatbeständen und
90 unbestimmten Rechtsbegriffen weiterhin
ermöglicht wird, das Grundrecht auf Asyl de
facto auszuschalten.

**„Wir erwarten nicht den Himmel – wir
fliehen nur vor der Hölle“**

95
Kein Mensch flüchtet freiwillig aus seiner
Heimat. Asylsuchende sind politischer,
religiöser und jedweder anderer Art von
100 Verfolgung und Gewalt ausgesetzt. In der
Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben
frei von Angst kommen sie nach
Deutschland, nur um sich weiteren
Drangsalierungen durch das Ausländer- und
105 Asylrecht ausgesetzt zu sehen.
Hungerstreiks und Demonstrationen gegen

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

110 die unwürdige Behandlung von AsylbewerberInnen gehören in Deutschland zur traurigen, fast alltäglichen Realität. Die systematische Diskriminierung von Asylsuchenden beschämt uns zutiefst und wird von uns nicht akzeptiert.

115 In Deutschland gab es in den letzten Jahren europaweit nach Frankreich die zweitmeisten Asylanträge. Pro 1000 Einwohner kommen jährlich statistisch jedoch nur 0,7 Asylsuchende nach Deutschland, womit wir uns auf Platz 14

120 innerhalb der EU (unter Einbeziehung der Schweiz, Norwegen und Liechtenstein) befinden. Zudem hat sich die Anzahl der anerkannten Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in Deutschland in der

125 Zeit von 1997 bis 2011 vor allem durch Abschiebungen und Rückkehr in die Herkunftsländer, aber auch durch „amtlich bestätigte Integration“ von über 1.000.000 auf 400.000 reduziert. Angesichts dieser

130 Tendenz ist es umso bedauerlicher, dass Deutschland vermehrt Abschiebungen durchführt (2011: ca. 8000) und Menschen, die hierzulande geboren und aufgewachsen sind, völlig grundlos ihrem sozialen Umfeld

135 entreißt. Die dabei angewandten überfallartigen Praktiken sind rechtsstaatlich nicht hinnehmbar und daher umgehend einzustellen. Wir fordern darüber hinaus einen sofortigen Abschiebestopp.

140 Die Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes sind verfassungswidrig, weswegen dieses Gesetz umgehend abgeschafft werden muss. Ebenso

145 ist der zynische Art. 7 Abs. V S. 3 der bayerischen Durchführungsverordnung Asyl, nach welchem die Unterbringung der Asylsuchenden ihre Rückkehr ins

150 Heimatland fördern soll, ersatzlos zu streichen. In Bekräftigung dieser Forderungen und unserer bisherigen Beschlusslagen zum Asylrecht stehen wir weiterhin für:

155 - die Abschaffung der Residenzpflicht für

Anträge	Empfehlungen
	AsylbewerberInnen
160	- die Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte zugunsten eines Rechts auf freie Wohnungswahl und die Bereitstellung von genug öffentlich geförderten Wohnraum
165	- Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung und Kranke sollen raus aus den Erstaufnahmeeinrichtungen
170	- die Abschaffung des Sachleistungs- und Gutscheinsprinzips
175	- eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für AsylbewerberInnen im System der gesetzlichen Krankenversicherung
180	- die psychologische Betreuung für traumatisierte AsylbewerberInnen unter besonderer Berücksichtigung der Opfer von sexueller Gewalt
185	- das Angebot flächendeckender staatlicher Sprachkurse
190	- eine maximale Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmestellen von 6 Wochen
195	- die Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylsuchende und eine automatische Arbeitserlaubnis mit Verlassen der Erstaufnahmestelle
200	- den Anspruch auf eine Gleichwertigkeitsprüfung für im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen
205	- einen Anspruch auf Teilnahme an staatlich organisierten Deutschkursen
210	- einen Anspruch auf reguläre berufliche Weiterbildungsmaßnahmen
215	- die Abschaffung der Gentests zu Abstammungsnachweiszwecken von Familienangehörigen der Asylsuchenden
220	- Aufhebung der Unterscheidung von allgemeinen Gefahren und individuellen Bedrohungen bei Asylverfahren. Auch die Flucht von Kriegs- und Konfliktschauplätzen, von Hungernöten oder ökologischen Katastrophen stellt einen Grund dar
225	- Schaffung einer Europäischen Asylbehörde und die Benennung eines/r Kommissar/in der Europäischen Kommission für Migration.

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

Antragsbereich So/ **Antrag 5**
 Unterbezirk Hochsauerland
 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Verbot hormonell wirksamer Chemikalien	Verbot hormonell wirksamer Chemikalien
5	In Westeuropa werden jährlich rund eine Millionen Tonne Phthalate (Weichmacher) produziert. Mehr als 90 Prozent davon werden in Produkten aus Weich-PVC verwendet. Dazu gehören Alltagsprodukte wie PVC-Böden, Gummistiefel oder auch Spielmatten. Wenngleich diese Phthalat-Weichmacher über die EU-Gesetzgebung bereits in Spielzeugen verboten sind, hat z. B. der BUND im Hausstaub deutscher Kitas diese Weichmacher in zum Teil sehr hohen Mengen nachgewiesen. Die Chemikalien sind nicht fest im PVC gebunden, sondern können durch Abrieb und Ausgasen in die Umwelt und den menschlichen Körper gelangen. Leider ist ein Verbot auf EU-Ebene zur Zeit fraglich. Allerdings beschließen einzelne Länder einen Alleingang auf nationaler Ebene, wie z. B. aktuell Dänemark und Frankreich, um seine Bürger zu schützen. Die Weichmacher sind durch die EU als fortpflanzungsschädigend klassifiziert und stehen im Verdacht als Auslöser für bestimmte hormonabhängige Krebsarten wie Hoden- und Brustkrebs. Seit 1980 ist diese Erkrankungsrate um mehr als 50% angestiegen.	Überweisung an die SPD Bundestagsfraktion
10		
15		
20		
25		
30	Weiterhin werden in Deutschland rund 400.000 Tonnen BPA (Bisphenol A) vermarktet. Bisphenol A wirkt ähnlich wie das weibliche Hormon Östrogen und hat in Tierversuchen schon in geringer Konzentration zur Organmißbildungen und Fruchtbarkeitsschäden geführt. BPA ist in Plastikbehältern und in der Innenbeschichtung von Konserven- und Getränkedosen enthalten. Zahlreiche Tests haben gezeigt, das BPA aus den Dosen in die Lebensmittel übergeht und somit ebenfalls deutlich zur Belastung des Körpers beiträgt. Das Verbot in Babyfläschchen	
35		
40		

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

reicht bei weitem nicht aus.

45 Die SPD fordert:

1. Verbot der Phthalat-Weichmacher (DEHP, DIBP, DBP, BBP) in allen

50 Produkten des Innenraumes auf nationaler Ebene

2. Verbot des Einsatzes von BPA überall dort, wo Kinder und Schwangere belastet werden können und weiterhin BPA in

55 Lebensmittelverpackungen zu verbieten.

*Antragsbereich So/ **Antrag 6***

Unterbezirk Rhein-Erft

(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Kommunale Unternehmen dürfen bei Glasfaserausbau bis in die Häuser nicht behindert werden!

Kommunale Unternehmen dürfen bei Glasfaserausbau bis in die Häuser nicht behindert werden!

Um dem Breitbandbedarf der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig gerecht zu werden, wollen wir Investitionen in die Glasfaserinfrastruktur ermöglichen. Je näher die Glasfasernetze zu den Teilnehmern kommen, umso leistungsfähiger, hochwertiger und zukunftssicherer ist die Netzinfrastruktur zu bewerten.

5 Gerade vor dem Hintergrund, dass einige Unternehmen die letzte Glasfasermeile zum Teilnehmer wegen hoher Investitionsbedarfe scheuen, dürfen die Unternehmen, die hier gezielt investieren wollen, nicht durch Regulierungsentscheide behindert werden.

10 Es gibt gerade kommunale Anbieter, die stärker als marktdominierende Unternehmen auf Glasfaserausbau bis in die Gebäude setzen.

20 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass Infrastrukturinvestitionen nicht durch Einschränkung von Nutzungsrechten an der Leitungsinfrastruktur behindert werden. In einem Wettbewerb für schnelle Glasfaseranschlüsse darf es keine ausgrenzenden Nutzungsrechte geben, die gerade kommunale Unternehmen in diesem

25

Annahme

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

Bereich behindern.

Antragsbereich So/ **Antrag 7**
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen

5 Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, im Rahmen der Reform der Eingliederungshilfe ein eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen zu verwirklichen. Dies muss einkommens- und vermögensunabhängig gestaltet sein.

Eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen

Überweisung an den SPD Parteivorstand

Antragsbereich So/ **Antrag 8**
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Berliner Erklärung

5 Wir sind entscheidend! Ca. 13.Mio. Menschen mit einer Behinderung in Deutschland fordern Mitentscheidung. Im Rahmen der Europäischen Aktionswoche zur Gleichstellung behinderter Menschen gründet sich das ehemalige Netzwerk Selbst Aktiv“ - behinderte Menschen in der SPD, als Arbeitsgemeinschaft in der SPD, mit
10 allen satzungsgemäßen Rechten und Pflichten. Wir sind Gesicht und Stimme behinderter Menschen und wollen dies sowohl innerhalb unserer Partei, wie auch in den Behinderten- und Sozialverbänden wahrnehmen.
15 Hat der bekannte Publizist Ernst Klee noch in den 1970er Jahren vom Verhältnis zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen von „Apartheid im eigenen
20 Lande“ gesprochen, geht es jetzt mit allen Behinderten- und Sozialverbänden sowie allen demokratisch orientierten Bürgerinnen und Bürgern, dieses Verständnis endgültig in die Geschichtsbücher zu verbannen.
25 Politischer Hebel ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), eine Menschenrechtskonvention, die alle konkreten Handlungsfelder aus einer inklusiven und partizipativen Gesellschaft

Berliner Erklärung

Annahme in geänderter Fassung

Der Parteikonvent begrüßt die Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv – behinderte Menschen in der SPD“ am 4. Mai 2013.

Mit der Konstituierung von „SelbstAktiv“ als Arbeitsgemeinschaft macht die SPD deutlich, dass die Mitarbeit von Parteimitgliedern und Unterstützern mit Behinderungen in der SPD willkommen ist und, dass Inklusion und Partizipation wichtige Werte und Ziele sozialdemokratischer Politik sind.

Der Parteikonvent nimmt die „Berliner Erklärung“ zur Kenntnis, weist darauf hin, dass zahlreiche Forderung der Erklärung im Regierungsprogramm vom 14.4.2013 enthalten sind, und fordert den Parteivorstand auf, die „Berliner Erklärung“ bei der Einbeziehung von SelbstAktiv in inklusionspolitische Beratungen und Entscheidungen zu berücksichtigen.

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

30 ableitet.

Wir also „bei Allem, mittendrin“ oder „nichts über uns, ohne uns“ – konkret, ohne uns ist alles nichts!

35 Politik im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet von daher vor allem

40 - Bei allen Initiativen, Vorhaben, Konzepten und Entscheidungen werden behinderte Menschen direkt beteiligt und entscheiden mit. Inklusion und Partizipation behinderter Menschen prägt das Denken und Handeln in

45 Politik und Gesellschaft.

- Der gesamte Bildungsbereich, von der Krippe über die Schule, bis hin zu Studium und Aus- und Weiterbildung muss inklusiv organisiert sein.

50 - Öffentliche Räume und Plätze müssen allgemein zugänglich sein. Angemessene Vorkehrungen zur Teilhabe behinderter Menschen sind durchgängiges Element des jeweiligen Handelns.

55 - Die Arbeits- und Beschäftigungspotenziale behinderter Menschen müssen sich an dem allgemeinen Arbeitsmarkt orientieren und auf allen Etappen inklusiv durchgeführt werden.

60 - Das Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen muss durch ein inklusives Freizeit- und Sportleben das Gemeinwohl und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller

65 Menschen stärken.

- Ein einkommens- und vermögensunabhängiges Teilhabegeld muss Bestandteil der Reform der Eingliederungshilfe sein und so die

70 Eigenständigkeit und Mündigkeit behinderter Menschen außerhalb der Sozialhilfe stärken.

75 Die Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ ist behindertenpolitischer Teil der SPD und sieht sich als fester Bestandteil der Allianz zur UN-Behindertenrechtskonvention. Wir fordern die SPD auf, gemeinsam mit uns und

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

80 den in der Allianz verbündeten 78Behinderten- und Sozialverbänden für eine am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft von morgen zu arbeiten.

85 Konkreter Schritt ist, dass der/die Bundesbehindertenbeauftragte/n wie die für Migration zuständige Person den Rang einer Staatsministerin/eines Staatsministers erhält und somit deren Fachlichkeit akzeptiert und eine Politik auf Augenhöhe auch hier dokumentiert wird.

95 Wir Menschen mit Behinderungen können am besten selbst darstellen, was wir denken, fühlen und wünschen. Wir wollen mitgestalten und nicht gestaltet werden. Behindertenpolitisches Gesicht im Wahlkampfteam der SPD sollte von daher eine Selbst-Aktivistin/ein Selbst-Aktivist sein.

100 Gemeinsames Ziel ist ein Wahlsieg der SPD im September 2013 und ein Sieg der Teilhabe behinderter Menschen durch rot/grün. Wir mittendrin. Wir sind dabei und wollen den Wahlkampf aktiv mitgestalten.

*Antragsbereich So/ Antrag 9
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

Menschen mit einer Behinderung aus der aktiven Behinderten-Bewegung müssen Bestandteil der Wahlkampfteams zu Bundestags- und Landtagswahlen sein

5 Der Parteivorstand und alle Landesvorstände werden aufgefordert, bei allen Teams zu Bundestags- oder Landtagswahlen zu gewährleisten, dass Menschen mit einer Behinderung aus der Arbeitsgemeinschaft „SelbstAktiv“ Bestandteil des Wahlkampfteams werden. Gesichter behinderter Menschen sind eine Ehre für eine demokratische, Partei. Dies ist auch eine klare Botschaft an den Personenkreis, den ca. 13Mio. Menschen mit einer

Menschen mit einer Behinderung aus der aktiven Behinderten-Bewegung müssen Bestandteil der Wahlkampfteams zu Bundestags- und Landtagswahlen sein

Überweisung an den SPD Parteivorstand

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

Behinderung.

Antragsbereich So/ **Antrag 10**
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Keine Arbeitsgemeinschaften erster und zweiter Ordnung

5 Der Bundesvorstand von „Selbst Aktiv“ fordert den Parteivorstand auf, alle Arbeitsgemeinschaften ohne Unterschied bei allen Sitzungen des Parteivorstandes den Status beratender Mitglieder zu geben.

Keine Arbeitsgemeinschaften erster und zweiter Ordnung

Überweisung an den SPD Parteivorstand

Antragsbereich So/ **Antrag 11**
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Teilhabelücken in der politischen Landkarte der SPD schließen

5 Der Parteikonvent fordert den Parteivorstand der SPD auf, darauf hinzuwirken, dass alle Landesverbände und Bezirke, in denen es noch keine eigenständige Arbeitsgemeinschaft von „Selbst Aktiv“ gibt, innerhalb eines Jahres die organisatorischen, inhaltlichen und personellen Voraussetzungen hierfür zu schaffen und eine AG in ihrem Bereich zu gründen. Selbstbestimmung behinderter Menschen muss konsequent und systematisch in allen Gliederungen verwirklicht werden.

Teilhabelücken in der politischen Landkarte der SPD schließen

Überweisung an den SPD Parteivorstand

Antragsbereich So/ **Antrag 12**
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent verwirklichen und die UN-BRK in seinen zentralen Bestandteilen umsetzen

5 Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent zu verwirklichen und die UN-BRK in ihren zentralen Bestandteilen umzusetzen. Dies soll in enger Abstimmung mit den in der

Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent verwirklichen und die UN-BRK in seinen zentralen Bestandteilen umsetzen

Überweisung an den SPD Parteivorstand

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

- 10 UN-BRK-Allianz zusammengesetzten
78Behinderten- und Sozialverbänden
geschehen und die AG „SelbstAktiv“ dabei
federführend mitwirken. Zentrale Elemente
hierbei sind neben Barrierefreiheit
angemessene Vorkehrungen zu Gunsten
15 behinderter Menschen sowohl in Politik und
Gesellschaft zu verwirklichen und
zukunftsweisende parteiinterne und
gesellschaftliche Aktionspläne zu initiieren.
Auf Bundes- und Länderebene muss hierbei
klar sein, dass Behindertenbeauftragte
20 Menschen mit einer Behinderung selbst und
Teil der aktiven Behindertenbewegung sein
müssen. Die SPD soll darauf hinwirken, dass
der/die Bundesbehindertenbeauftragte/n wie
die für Migration zuständige Person den
25 Rang einer Staatsministerin/eines
Staatsministers erhält und somit deren
Fachlichkeit akzeptiert und eine Politik auf
Augenhöhe auch hier dokumentiert wird.
- 30 Die Kommissionen zur Umsetzung der UN-
BRK müssen mit mindestens 50% mit
behinderten Menschen direkt besetzt
werden.

*Antragsbereich So/ **Antrag 13**
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

Barrierefreiheit in der SPD

- 5 Der Parteivorstand und die Fraktionen der
SPD werden aufgefordert, bundesweit in
allen Räumlichkeiten der SPD-
Geschäftsstellen, Tagungsstätten und
Veranstaltungsorten Barrierefreiheit
herzustellen, damit auch Menschen mit
Behinderung jederzeit barrierefrei an der
Parteiarbeit und den Veranstaltungen der
10 SPD teilhaben können. Die Herstellung von
Barrierefreiheit schließt u. a. ein: Freie
Zugänge zu allen Räumlichkeiten,
Behindertentoiletten, Printmedien in Groß-
und Blindenschrift, in leichter Sprache sowie
15 die Übersetzung in Gebärdensprache.
- Sehr viele Einrichtungen und
Veranstaltungen der SPD sind für Menschen

Barrierefreiheit in der SPD

Überweisung an den SPD Parteivorstand

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

20 mit Behinderung nicht barrierefrei zu nutzen. So können viele Geschäftsstellen von Menschen mit Behinderung nicht betreten und genutzt werden. Menschen mit Behinderung sind oftmals von der Teilnahme an SPD Veranstaltungen ausgeschlossen, weil Veranstaltungsorte und Informationsmaterial nicht barrierefrei sind. Die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken. Das sind die Grundwerte sozialdemokratischer Politik.

*Antragsbereich So/ **Antrag 14**
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

Umsetzung der UN-BRK in den eigenen Reihen

5 Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, die Behindertenrechtskonvention sowie die Gleichstellungsgesetze in den eigenen Reihen bundesweit zeitnah umzusetzen. Wir fordern außerdem die aktive Umsetzung und Beachtung des Art. 8 UN-BRK (Bewusstseinsbildung) in allen Gremien der SPD und den Mitgliedern gegenüber konsequent umzusetzen. Ebenfalls fordern wir die Gremien der SPD auf, die Willkommenskultur in der SPD auch für die Menschen mit Behinderung zu beachten.

*Antragsbereich So/ **Antrag 15**
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

Diskriminierungsfreie Wahlgesetze

5 Die SPD fordert auf, darauf hinzuwirken, dass ihre Fraktionen auf Europa-, Bundes- und Landesebene für diskriminierungsfreie Wahlgesetze, wie sie die UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 29 vorschreibt, so schnell wie möglich

Umsetzung der UN-BRK in den eigenen Reihen

Überweisung an den SPD Parteivorstand

Diskriminierungsfreie Wahlgesetze

Überweisung an den SPD Parteivorstand

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

umzusetzen.

10 Die SPD fordert, bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten sowie Listen für Wahlen die Vorgaben des Artikels 29 zu beachten.

15 Eine generelle Regelung, Personen, die für alle Bereiche unter Betreuung gestellt sind, von dem allgemeinen Wahlrecht auszuschließen, ist nach eindeutiger Begutachtung des Deutschen Instituts für Menschenrechte, der Monitoringstelle der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-

20 Behindertenrechtskonvention, mit den allgemeinen Menschenrechten und der Verfassung nicht vereinbar. Wir fordern daher die Streichung von §13 Abs.2 und3 des Bundeswahlgesetzes (BWG)

25 sowie der identischen Regelung im §6 des Europäischen Wahlgesetzes. Wir verweisen dabei insbesondere auf die EntschlieÙung des Bundesrates zur Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen (DRS

30 49/13).

Das allgemeine Wahlrecht, also wählen und gewählt zu werden, ist in demokratisch geprägten Gesellschaften ein hohes Gut und muss gestärkt werden. Behinderte Menschen

35 bei der Wahrnehmung ihres aktiven und passiven Wahlrechts einzuschränken ist eine Diskriminierung nach Artikel3 und 29 der UN-Behindertenrechtskonvention.

*Antragsbereich So/ Antrag 16
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

Bundesratsinitiative 4913 zum aktiven und passiven Wahlrecht sofort umsetzen

Der PV und der Parteikonvent werden aufgefordert, durch sofortiges Handeln, die Bundesratsinitiative 4913 umzusetzen.

5 Passives Wahlrecht stärken heißt Mitentscheidung behinderter Menschen in allen Gremien gewährleisten. UN-BRK nach Artikel 29 umsetzen heißt konkret, jeder 10. Platz wird für einen Menschen mit Behinderung reserviert. Dies gilt sofort für

10 die anstehende Europawahl sowie für

Bundesratsinitiative 4913 zum aktiven und passiven Wahlrecht sofort umsetzen

Annahme in geänderter Fassung

Der Parteikonvent fordert den Parteivorstand auf, im Sinne der EntschlieÙung des Bundesrates zur Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen (DRS 49/13 (Beschluss)) das

passive Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen in allen Gremien der Partei und bei Wahlen zum

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

15 Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Menschen mit Behinderungen sind politisch weit unterrepräsentiert bis zu gar nicht repräsentiert. Dies muss sich ändern, sofort. Hier ist kein Bericht erforderlich, sondern sofortiges Handeln als konkrete Botschaft für diese Zielgruppe erforderlich.

20 Parteivorstand und der Parteikonvent sollen hier die Handlungskompetenz für die UN-BRK beweisen.

Europaparlament, zum Deutschen Bundestag, zu den Landtagen und zu den Kommunalparlamenten zu stärken.